

1 Vielfalt in Einheit

2 “Wir einigen keine Staaten, wir bringen Menschen einander näher”

3 Jean Monnet, 1952

4 5 1. Einleitung

6 Europa, genauer die Europäische Union, ist das große politische Projekt der
7 vergangenen 60 Jahre. Hervorgegangen aus dem Schuman-Plan zu Beginn
8 der 50er und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, bestehend
9 aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den
10 Niederlanden, steht die Europäische Union für ein halbes Jahrhundert
11 Frieden und Sozial- und Rechtsstaatlichkeit in Europa.

12
13 Trotz dieses historischen Erfolges mehren sich die Anzeichen für Risse im Europäischen
14 Einigungsprozess. Der Versuch, eine europäische Verfassung zu verabschieden,
15 scheiterte 2005 an Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Der Vertrag von
16 Lissabon konnte nur nach langen Verhandlungen und 2 weiteren Referenden in Irland
17 ratifiziert werden. In den meisten Mitgliedsstaaten wurde eine Volksabstimmung gar
18 nicht erst durchgeführt.

19
20 Besonders besorgniserregend ist, dass in vielen Staaten der EU gerade diejenigen
21 Parteien beachtliche Wahlerfolge verzeichnen, die sich für Renationalisierung und
22 gegen eine Weiterführung der europäischen Integration aussprechen. In Österreich,
23 Finnland und den Niederlanden haben sie bereits Stimmen in erheblichem Umfang für
24 sich verbuchen können, was für den europäischen Entscheidungsprozess eine reale
25 Gefahr darstellt.

26
27 Gründe für diese Wahlerfolge sind vor allem in der Europa-Politik in den etablierten
28 Parteien zu suchen, insbesondere in dem geringen Stellenwert, den sie dort
29 flächendeckend einnimmt. Es fehlt an gemeinsame Zielen, an Einigkeit, Verbindlichkeit,
30 Verantwortlichkeit und Transparenz. Das hat auch zur Folge, dass sich selbst in diesen

31 Parteien viele Mitglieder als EU-Skeptiker bezeichnen würden. Mit einer solchen
32 skeptischen Parteibasis lässt es sich kaum glaubwürdig für die EU und die europäische
33 Integration eintreten. Deswegen muss es - besonders der SPD - gelingen, der
34 Europapolitik wieder eine klare Ausrichtung zu geben.

35

36 2. Eine neue europäische Einigung

37 Die europäische Union bezog in der Vergangenheit ihre Legitimation vor allem aus der
38 Sicherung des Friedens und des Wohlstandes. Mit wachsendem Abstand zum 2.

39 Weltkrieg schwindet die Kraft dieser Legitimation. Deshalb muss für die EU eine neue
40 Basis geschaffen werden, die Europa eine Identität verleiht.

41 Neben der Garantie des Friedens steht Europa für einen Raum der Rechtssicherheit, des
42 Sozialstaates und der Meinungsfreiheit. Der Begriff "Freiheit" wird in Zukunft generell
43 eine größere Rolle spielen. Freiheit steht dabei nicht für Marktfreiheit und
44 Endsolidarisierung, sondern für die Freiheit der Bürger, sich zu entfalten und sich
45 zwischen Möglichkeiten entscheiden zu können. Diese Werte müssen bei der Erklärung
46 der EU stärker im Vordergrund stehen.

47 Daraus ergibt sich aber auch eine größere Verantwortung bei den
48 Beitrittsverhandlungen mit Staaten, die der EU beitreten wollen. Außerdem muss sich
49 dieses Verständnis der europäischen Einigung in Sanktionsmechanismen widerspiegeln,
50 die greifen, falls ein Mitgliedsstaat sich nicht an die gemeinsamen Werte hält. Das
51 Verhalten gegenüber der Presse in Ungarn ist momentan unerträglich und lässt an dem
52 Willen der EU zur weiteren Einigung zweifeln. Bei solch einer groben Verletzung der
53 europäischen Grundwerte muss die Europäische Union in die Lage versetzt werden,
54 harte Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

55

56 3. Schengenabkommen und Freizügigkeit

57 Das Schengener Abkommen gewährleistet, dass sich über 400 Millionen Menschen in
58 einem 3,6 Millionen Quadratkilometer großen Raum frei bewegen können. Diese
59 europäische Errungenschaft ist ein bedeutender Schritt zu einer europäischen Identität
60 und die Europäisierung der Jugend durch Reise- und Aufenthaltsfreizügigkeit ist weit
61 fortgeschritten. Allerdings wurde diese Errungenschaft in den letzten Monaten unter
62 Beschuss genommen: Über die Ausstellung von Touristenvisa versuchte der italienische
63 Ministerpräsident, sich der Verantwortung für die arabischen Flüchtlinge zu entziehen
64 und sich ihrer zu entledigen. Frankreich schloss daraufhin seine Grenzen. In Dänemark
65 sollen wieder permanente Grenzkontrollen eingeführt werden. Diese Maßnahme, die

66 auf Drängen der rechtspopulistischen Partei [Dansk Folkeparti](#) getroffen wurde, diene
67 der “Abwehr von Kriminellen und Flüchtlingen”.

68 Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen aus nationalen Egoismen kann keine Lösung
69 dafür sein und verstößt gegen die gemeinsam beschlossenen Richtlinien im Schengener
70 Abkommen. Die deutsche Regierung muss darauf drängen, dass die Schlagbäume oben
71 bleiben. Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit in der Strafverfolgung zu verbessern, um
72 der dänischen Regierung die Argumentationsgrundlage zu entziehen.

73

74 4. Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik

75 Das Europa der Nachkriegszeit hat sich zu einem Zuwanderungskontinent entwickelt.
76 Wirtschaftlicher Wohlstand, Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte machen
77 Europa zu einer Anlaufstelle für Menschen, die durch Krieg, Armut oder Verfolgung aus
78 ihrer Heimat getrieben werden. Die daraus resultierenden Herausforderungen können
79 und dürfen nicht von einzelnen Mitgliedsstaaten alleine bewältigt werden. Vielmehr
80 sind auch hier europäische Solidarität und eine gemeinsame Politik von Nöten.

81

82 Bislang findet jedoch eine gemeinsame Koordination lediglich im Bereich des Schutzes
83 der Außengrenzen, insbesondere im Mittelmeer statt. Die Folgen sind überforderte
84 Anrainerstaaten und überfüllte Flüchtlingslager, in denen Menschen unter
85 katastrophalen Bedingungen festsitzen. Solches zu verhindern, muss Aufgabe aller
86 Mitgliedsstaaten werden. Es bedarf klarer und ausgewogener Vereinbarungen, wie die
87 Flüchtlinge solidarisch auf die einzelnen Länder verteilt werden. Die sogenannte
88 Drittstaatenregelung ist unhaltbar. Diese besagt, dass Menschen nur in einem Land Asyl
89 beantragen dürfen, wenn sie vorher nicht über ein anderes sogenanntes „sicheres
90 Drittland“ eingereist sind. Für einen EU-Inneren liegenden Staat wie Deutschland heißt
91 das, dass praktisch kein Flüchtling noch legal auf dem Landweg einreisen darf.
92 Gleichzeitig muss die Union administrative Unterstützung leisten, etwa bei der
93 Bearbeitung von Asylanträgen. Auch im Bereich des Grenzschatzes sind zwingend
94 weitere Mittel und Ressourcen notwendig. Angesichts vieler tragischer Todesfälle
95 müssen sowohl die Maßnahmen zur Rettung in Seenot geratener Boote, als auch der
96 Kampf gegen kriminelle Schlepperbanden noch effektiver und entschlossener
97 angegangen werden.

98

99 Schließlich muss, wie bereits oft von den Jusos Hamburg gefordert, eine gemeinsame
100 europäische Entwicklungspolitik gestaltet werden, die den Menschen in den

101 Herkunftsländern der Flüchtlinge soziale und rechtliche Sicherheit gibt und wirkliche
102 wirtschaftliche Perspektiven eröffnet. Dazu gehört neben einem entschlossenen
103 Eintreten für Frieden und die Wahrung der Menschenrechte auch die Schaffung
104 wirtschaftlicher Perspektiven durch langfristige Investitionen und den Abbau von
105 Handelshemmnissen, wie etwa der Subventionierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

106 Die Situation an Europas Außengrenzen ist ein humanitärer Skandal. Laut
107 Zahlen der italienischen NGO „Fortress Europe“ sind seit 1998 15.000
108 Menschen bei dem Versuch nach Europa zu gelangen, ums Leben gekommen.
109 Die Forderung nach freiem Zugang zu einem Asylverfahren ist zentral. Jeder
110 Mensch hat das Recht, bei Not und Verfolgung ein Asylverfahren zu beginnen
111 und dies muss auch durchgesetzt werden.

112 Die Politik, die derzeit von der europäischen Union und in ihren Mitgliedsstaaten
113 verfolgt wird und massiv darauf hinwirken soll, dass Asylanträge in vielen Fällen gar
114 nicht erst gestellt werden können, ist unmenschlich. Die Militarisierung der
115 Grenzkontrollen und des Grenzschutzes durch die europäische Grenzpolizei FRONTEX,
116 aber auch durch Mitgliedsstaaten selbst, z.B. durch die Errichtung von Schutzwällen
117 gegen Flüchtlinge wie in Spanien und Griechenland, muss aufhören.

118

119 5. Mehr europäische Demokratie

120 In einer Demokratie ergibt sich die Legitimität staatlichen Handelns aus der
121 Willensäußerung des Volkes. Diese Willensäußerung muss sich in den Handlungen und
122 in den Personen jeder Regierung jeder Ebene widerspiegeln. Tut sie das nicht,
123 unterminiert Politik die Grundlage auf der sie steht. Seit der Verabschiedung des
124 Vertrages von Lissabon hat die Demokratisierung der EU an Fahrt gewonnen. Das EU-
125 Parlament ist nun fester Bestandteil des Gesetzgebungsverfahrens und bildet mit
126 Kommission und Rat den Dreiklang der europäischen Institutionen. So kommt es, dass
127 Abgeordnete in ihrem Fachgebiet oft direkten Einfluss auf die Gesetzestexte in den
128 Richtlinien haben.

129 Diese neue Macht wird jedoch von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. So wird
130 immer noch von einem großen Demokratiedefizit gesprochen, obwohl der direkte
131 Einfluss über das Parlament und auch über die vertraglich festgelegte Möglichkeit der
132 EU-weiten Volksabstimmung gestärkt wurde. Dies ist vor allem in der Darstellung und
133 Kommunikation der europäischen Politik begründet. Über die Jahre hat sich durch die
134 fehlende europäische Öffentlichkeit eine politische Kultur in Brüssel und Straßburg

135 herauskristallisiert, die auf einer vollkommenen Sachorientierung fußt. Man könnte
136 auch von einer Projektstruktur der politischen Entscheidungen sprechen, bei der jeweils
137 andere Parteien miteinander “koalieren”. Eine klare Linie zwischen einer
138 “Regierungskoalition” und einer “Opposition” fehlt. Die Grundlagen europäischer Politik
139 sind meistens national motiviert und können innerhalb einer Fraktion im Parlament
140 sehr unterschiedlich sein. Dadurch ist es schwer nachzuvollziehen, wie Entscheidungen
141 zu Stande kommen. In den nächsten Jahren muss sich die europäische Politik von
142 diesem Muster lösen und zu einer Debatten- und Kommunikationsstruktur finden, die
143 dem Diskussionsprozess auf nationaler Ebene ähnelt. Nur so kann erreicht werden, dass
144 das gefühlte demokratische Defizit minimiert wird.

145

146 6. Eine realistische Rettung

147 Die Finanzkrise und die damit verbundenen Rettungen von Banken haben
148 einige Staaten in der Europäischen Union an den Rand der
149 Zahlungsunfähigkeit gebracht. Dies sind insbesondere Irland und
150 Griechenland. Durch verschiedene Maßnahmen der EZB, des IWF und der
151 Mitgliedsstaaten wurde die Zahlungsunfähigkeit vorübergehend
152 abgewendet. Gleichwohl sind ein Jahr nach den ersten Maßnahmen die
153 Probleme nicht gelöst. Dies ist die Folge einer unverantwortlichen Politik.
154 Anstatt klar zu benennen, welches Ziel die Rettungspolitik verfolgt, wurden
155 immer neue kurzfristige Pakete geschnürt, *welche die Deutschen*
156 *Steuerzahlerinnen und Steuerzahler* mittlerweile mit 400 Mrd. Euro in der
157 Haftung stehen lassen. Dem griechischen Staat wurden Sparauflagen
158 aufgezwungen, die er nur unter äußerster Anstrengung erbringen kann, die
159 massiven Abbau des Sozialstaat und der sozialen Sicherheit in Griechenland
160 zur Folge haben und große Risiken für die Wirtschaft mit sich bringen.
161 Sämtliche Rettungspakete wurden in intransparenten Prozessen
162 verabschiedet und unterminieren das Vertrauen in die Institutionen und den
163 Euro, stehen sie doch vor allem im krassen Gegensatz zu “no-bail-out-
164 Klausel” der europäischen Verträge. Die schwarz-gelbe Regierung tat mit
165 einem Schlingerkurs ihr Übriges.

166 Das Vertrauen kann nur wiederhergestellt werden, wenn es gelingt, eine
167 Ausstiegsstrategie aus den gigantischen Haftungssummen zu entwickeln.

168 Dafür ist es zunächst erforderlich, dass Griechenland eine gangbare Perspektive unter
169 Berücksichtigung der nationalen Souveränität erhält. Eine Umschuldung scheint dabei
170 unvermeidlich. Diese muss aber zwingend eine Beteiligung des privaten Sektors
171 beinhalten.

172 Eine europäische Finanzmarkttransaktionssteuer ist ebenso notwendig wie eigene
173 Ratingagenturen auf europäischer Ebene.



174 Außerdem muss das Risikoexposure der EZB verringert werden, um die Glaubwürdigkeit
175 der Geldwertstabilität zu gewährleisten. Alle weiteren Hilfen dürfen nur unter
176 Beteiligung des Bundestages zu Stande kommen. Eine langfristige Finanzierung eines
177 insolventen Staates kann nicht die Lösung sein. Gleichzeitig darf es keine weitere
178 Sozialisierung von Verlusten und Risiken geben. Dieses würde das Vertrauen der Bürger
179 in die Verträge und Institutionen der Europäische Union weiter verringern.

180

181 7. Eine gemeinsame europäische Energiepolitik

182 Nach der Katastrophe in Fukushima, bei der in mindestens drei der sechs Kernreaktoren
183 eine Kernschmelze bestätigt wurde, hat die schwarz-gelbe Bundesregierung eine 180-
184 Grad-Wendung in der Energiepolitik vollzogen. Feste Grundsätze und nach massiven
185 gesamtgesellschaftlichen Protesten gegen die Atomregierung der Bundesregierung,
186 sowie aus Angst vor Neuwahlen in Baden-Württemberg wurden für nichtig erklärt und
187 der Pakt mit der Atomwirtschaft gebrochen. Dass die Regierung nun in etwa das
188 Ausstiegsszenario der damaligen rot-grünen Regierung übernimmt, ist natürlich
189 begrüßenswert, es bleibt jedoch die Kritik der zu späten und abrupten Einsicht.

190 Das konsequente Vorgehen der Bundesregierung ist ein deutscher Sonderweg. Kein
191 anderes Mitgliedsland der EU führt einen so kurzfristigen Atomausstieg durch, auch die
192 sofortige Abschaltung besonders alter Meiler ist in den meisten Staaten kein Thema.
193 Insgesamt betrifft der deutsche Ausstieg 17 Kernkraftwerke von insgesamt 99 in der EU.
194 Von den 14 EU Staaten, die Strom mit Kernkraft produzieren, ist Frankreich mit 57
195 Kraftwerken der größte Produzent und hat durch diese große Abhängigkeit keinerlei
196 Interesse an einem gesamteuropäischen Ausstieg. Die einzige europäische Reaktion auf
197 die Katastrophe in Japan sind so genannte Stresstests, die Naturkatastrophen,
198 Flugzeugabstürze und menschliches Versagen umfassen sollen. Terrorangriffe sind nicht
199 teil des Prüfkatalogs. Dieses eigentlich unverzichtbare Element hätte den Stresstest
200 deutlich strenger werden lassen, was jedoch von Frankreich und Großbritannien nicht
201 gewünscht ist. Hinzu kommt, dass die Tests freiwillig sind und Konsequenzen aus den
202 Prüfberichten vollständig den nationalen Regierungen überlassen sind. Wirksamer



203 Schutz vor den Risiken der Kernenergie ist also auf europäischer Ebene kaum zu
204 erreichen, da die Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten sehr weit auseinander
205 liegen.

206 Die Deutsche Regierung muss darauf hinwirken, dass der seit 1957 existierende
207 EURATOM-Vertrag abgeschafft wird und die Förderung der Nuklearforschung in den
208 Bereichen Sicherheits- und Endlagerfrage sowie Kernfusion in den Kompetenzbereich
209 der existierenden EU-Gremien (EU-Parlament, Rat und Kommission) gelangt. Einer
210 Förderung der friedlichen Nutzung der Kernspaltungstechnologien darf von deutscher
211 Seite nicht mehr zugestimmt werden. Der Bundesrepublik bleibt, mit gutem Beispiel
212 voranzugehen und durch gute Resultate andere Staaten von ihrem Weg in der
213 Energiepolitik zu überzeugen. So anstrengend dieser Weg auch ist, er wird sich mit Blick
214 auf nachfolgende Generationen auszahlen.